

16. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion auf Annahme einer Entschließung – Drs. 16/2930 –

Zukunft der Jobcenter – Gemeinsame Betreuung und Förderung ermöglichen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag auf Drs. 16/2930 wird durch folgenden Text ersetzt:

Hilfe aus einer Hand sicherstellen durch Ausweitung des Optionsmodells!

Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist sich einig in der Notwendigkeit, zügig das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 zur Neuorganisation der Jobcenter umzusetzen und die Betreuung, Förderung und Vermittlung Langzeitarbeitsloser zugleich bürgerfreundlich und effizient zu gestalten.

Um „Hilfe aus einer Hand“ auch weiter zu ermöglichen, wird der Senat aufgefordert, sich aus der gemeinsamen Bundesratsinitiative mit den Ländern Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz zurückzuziehen und sich stattdessen beim anstehenden Gesetzgebungsprozess bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Optionsmodell, nach dem die Arbeitsvermittlung und Leistungsgewährung in rein kommunaler Verantwortung organisiert wird, über die bisher bestehenden 69 Optionskommunen ausgeweitet wird. Das ist die einzige Möglichkeit, „Hilfe aus einer Hand“ auch ohne Grundgesetzänderung zu ermöglichen.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Das Abgeordnetenhaus erwartet vom Berliner Senat außerdem die wohlwollende Prüfung, ob auch für Berlin die alleinige kommunale Trägerschaft in Frage kommt. Dabei sind die Besonderheiten der zweigliedrigen Berliner Verwaltung zu berücksichtigen.

Die Betreuung auf kommunaler Struktur ist am besten geeignet, um auf die Besonderheiten regional unterschiedlicher Arbeitsmärkte einzugehen und innovative Lösungen in der Arbeitsvermittlung zu entwickeln.

Dem Abgeordnetenhaus ist über die eingeleiteten Maßnahmen und deren Ergebnisse kontinuierlich zu berichten.

Berlin, den 28. Januar 2010

Meyer Lehmann
und die übrigen Mitglieder der FDP-Fraktion